

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wortführer: Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,85 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Erich-Dumke).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 10 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4725.

Nr. 56.

Berlin, Mittwoch, 22. Juli 1908.

Vierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Berelendung und Zusammenbruch. — Aus der Praxis
der Arbeiterversicherung. — Die Beteiligung der Angestellten
an den britischen Produktivgenossenschaften. — Allgemeine
Rundschau. — Verbands-Zell. — Literatur. — Anzeigen-Zell.

Berelendung und Zusammenbruch.

In der Neuen Zeit wendet sich Karl Kautsky
wieder einmal gegen die Revisionisten, um ihnen
zu beweisen, daß die Berelendung der Massen, die
zum Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft
führe, wie es Karl Marx in seinem „Kapital“
darstellt, tatsächlich weiter vor sich gehe. Die
Revisionisten haben die Marxsche Theorie als falsch
bekämpft.

Die Theorie von der Berelendung der Massen
bildet das Fundament der sozialistischen Welt-
anschauung. Trifft diese Theorie nicht zu, so kann
es auch nicht zum Zusammenbruch der bürgerlichen
Gesellschaft kommen. Das weiß Kautsky und
darum bemüht er sich geradezu krampfhaft, die
Leugner der Berelendungstheorie zu zerschmettern,
um Marx zu retten. Die Behauptung der
Revisionisten, daß sich doch die Lage der Arbeiter
geistig und materiell steigend gehoben habe, sucht
Kautsky abzutun durch ein Zitat aus einer
Brotschüre von Marx über „Lohnarbeit und
Kapital“. Darin sucht Marx auseinander zu
legen, wie sich die Lage des Arbeiters gestaltet,
wenn der Arbeitslohn wächst.

Ein Haus mag klein sein, solange die es umgebenden
Häuser ebenfalls klein sind, befriedigt es alle gesellschaft-
lichen Ansprüche an eine Wohnung. Erbebt sich aber neben
dem kleinen Hause ein Palast, so schrumpft das kleine
Haus zur Fülle zusammen. Das kleine Haus beweist nun,
daß sein Inhaber keine oder nur die geringsten Ansprüche
zu machen hat; und es mag im Laufe der Zivilisation
noch so sehr in die Höhe schießen, wenn der benach-
barte Palast in gleichem oder gar in höherem Maße in
die Höhe schießt, wird der Bewohner des verhältnismäßig
kleinen Hauses sich immer unbehaglicher, unzufriedener,
gekränkter in seinen vier Wänden finden. . . .
„Vermehrt sich also die Einmache des Arbeiters mit
dem raschen Wachstum des Kapitals, so vermehrt sich
gleichzeitig die gesellschaftliche Kluft, die den Arbeiter vom
Kapitalisten scheidet, so vermehrt sich gleichzeitig die Macht
des Kapitals über die Arbeit, die Abhängigkeit der Arbeit
vom Kapital.“

Diese Sätze sind für Kautsky so überzeugend,
daß er spöttisch bemerkt, man sollte denken, das
sei deutlich genug für jeden, wenigstens für jeden,
der nicht den „Mut“ des Revisionismus besitze.
Das Beispiel von dem wachsenden Hause des Ar-
beiters, das aber den Bewohner nicht befriedige, weil
daneben das Haus des Kapitalisten ebenso oder noch
mehr wachse, ist mehr als eine Spielerei, denn als
ein ernstes Argument anzusehen. Für Kautsky,
als einen Verfechter der Marxschen Theorie, kann
es erst dann einen glücklichen Zustand geben, wenn
alle Häuser gleich groß sind, keines über das
andere auch nur um einen Zoll höher emporragt.
Wir lassen Kautsky gern den Glauben, daß nach
dem „Zusammenbruch“ der bürgerlichen Gesellschaft
alle Häuser gleich groß und hoch gebaut werden.
Und immer wird es dann so bleiben. Einige
Paragrafen im Gesetzbuch des sozialistischen
Staates werden dafür sorgen, daß keines Menschen
Glück sich vermindert und es keinem Menschen auch
nur um ein Quentchen besser geht als allen
übrigen. Alle haben gleichviel, alle haben gleich
große Häuser. Die Gleichheit ist zur Wahrheit
geworden. Alle bösen Triebe werden von Gesetzes-
wegen aus der Menschheit verbannt. Durch die

zur Wahrheit gewordene Brüderlichkeit leben
alle Menschen in harmonischem Einklang. Die
für den Kampf notwendige Freiheit wird außer
Gebrauch gesetzt, weil niemand mehr zu kämpfen
braucht. Alle sind glücklich!

Es ist nur zu dumm, daß der Gang der
Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft sich den
Leusel um das Bemühen Kautskys, ihr den Unter-
gang zu bereiten, kümmert.

Doch halt, das Kapital wird immer mächtiger
und damit größer die Abhängigkeit der Arbeit vom
Kapital! Hier haben wir aber doch als ein Gegen-
gewicht die Berufsvereine der Arbeiter? Ach,
nein, wenigstens läßt Kautsky sie nicht als ein
Gegengewicht gelten, da sich ja auch die Unter-
nehmer organisieren und dann viel mächtiger sind
als die organisierten Arbeiter. Wo es zum Kampfe
zwischen Arbeitern und Unternehmern komme, sei
es offenbar, daß die organisierten Unternehmer
stärker sind als die nichtorganisierten. Darum
könnten sich die Gewerkschaften auch nur für be-
stimmte Fälle damit trösten, daß mit organisierten
Unternehmern besser auszukommen sei als mit un-
organisierten. Die Gewerkschaften würden immer
mehr in die Defensive gedrängt und gezwungen,
ihre Kraft darauf zu konzentrieren, die gewonnenen
Positionen zu behaupten. Ihre Vorsicht steige,
wie durch die zunehmende Verdünnung der Streiks
und der Arbeitsruhe am 1. Mai bezeugt werde. Das
letzte Jahr der Prosperität habe denn auch keine
gewerkschaftlichen Errungenschaften mehr gebracht,
die erheblich über das Maß der gleichzeitigen
Lebensmittelteuerung hinausgingen. Die Periode
des steigenden Reallohns und der zeitweisen Ver-
besserung der Lage weiter Arbeiterschichten, die in
Deutschland mit dem Ende der achtziger Jahre
begonnen habe, sei nun zu Ende. Eine neue
Periode beginne mit erheblich verschlechterten Be-
dingungen für die ökonomischen Kämpfe des
Proletariats, die immer größere Kreise der Arbeiter-
schaft mit einer Stagnation oder sogar einem
Sinken des Reallohns als länger dauernde, nicht
kurz vorübergehende Erscheinung bedrohe.

Die sozialdemokratischen Theoretiker haben es
immer wieder verstanden, an die Stelle der ab-
sterbenden Hoffnungen neue ins Leben zu rufen. Die
Hoffnung ist tot, es lebe die Hoffnung!

Wenn man Kautskys Aufsatz in seinem die
Gewerkschaften betreffenden Teile in wenig Worten
zusammenfaßt, dann lauten diese so: Die Gewerks-
chaften können für die Arbeiter nichts tun, helfen
kann nur der — Glaube an den Sozialismus!
Die Revisionisten entziehen den sozialistischen
Theorien von Marx, die auf dem reinen Materialis-
mus beruhen, die Stützen. Das ist der Zusammen-
bruch dieser Theorie. In der Tat, die Arbeit der
Revisionisten war nicht vergeblich, der Glaube an
den Marxschen Sozialismus ist in der Arbeiter-
schaft im raschen Sinken begriffen. Das Beispiel
von den ungleichen Häusern wird ihn nicht sonder-
lich neu beleben können. Da muß also eine neue
Hoffnung ausgepflanzt werden. Kautsky hat sie
schon bei der Hand:

Aber immer ausichtslos wird es, diese Tendenzen
durch isolierte Kämpfe einzelner Berufsorganisationen oder
einer parlamentarischer Fraktionen zu brechen. Aus
einer gewaltigen Aenderung der gesamten internationalen
politischen und sozialen Situation hervorgegangen, kann
die jetzige Periode, die wir jetzt als eine Periode der Re-
aktion bezeichnen können, nur überwunden werden durch eine
ebenso gewaltige Aenderung der gesamten internationalen
politischen und sozialen Situation, die eine Zusammen-

fassung aller Machtmittel des gesamten internationalen
Proletariats erfordert. Die russische Revolution hätte den
Anstoß zu einer solchen Ueberwindung der politischen und
sozialen Reaktion werden und eine neue Ära raschen Auf-
stiegens des Proletariats inaugrieren können. Aber es
sind noch andere Möglichkeiten und Ausgangspunkte für
diese neue Ära denkbar. Nicht Hoffnungslosigkeit und
Ausichtslosigkeit bebingt die gegenwärtige Situation,
sondern sie fordert nur auf zur Ueberwindung aller Klein-
räumerei, aller Beschränkung auf die Kleinarbeit; sie fordert
die Fortkämpfe des Proletariats auf zu weitem Blick und
zur Kühnheit, welche Eigenschaften sich freilich paaren
müssen mit vollkommener Sachkenntnis und Kaltblütigkeit,
so daß die kämpfenden Proletarier es vermögen, sich von
allen Illusionen und abenteuerlichen Experimenten fern zu
halten, ebenso bereit, in einer ausichtslosen Situation ge-
duldsig zu warten und sich auf die Zusammenfassung und
Eskalation der proletarischen Kräfte zu beschränken, wie jede
Möglichkeit einer erfolgreichen Aktion aufs Überraschendste
und rücksichtsloseste auszunutzen.

Solange aber nicht eine große, welthistorische Wende
eintritt, muß das Proletariat damit rechnen, daß die „guten
Zeiten“ vorüber sind und das ständige Wachsen des Real-
lohnes ein Ende erreicht hat.

Es kann hiernach nur anders werden, wenn
eine gewaltige Aenderung der gesamten inter-
nationalen politischen und sozialen Situation, die
eine Zusammenfassung aller Machtmittel des ge-
samten internationalen Proletariats erfordert,
eintritt. Die russische Revolution, die nach Kautskys
Meinung den Anstoß zu einer Ueberwindung der
politischen und sozialen Reaktion hätte geben
können, zur Ermöglichung einer neuen Ära
raschen Aufstiegens des Proletariats, ist „verpaßt“
worden. Aber es gibt ja noch „andere Möglich-
keiten und Ausgangspunkte“, die jene welt histo-
rische Wende bringen werden. Also, deutsche
Arbeiter, hofft ruhig weiter, hofft auf das Glück,
das die „welthistorische Wende“ bringen wird.

Wir Gewerksvereiner bedanken uns für dieses
Hoffen! Wollten sich nur immer mehr deutsche
Arbeiter des Hoffens auf „welthistorische Wendungen“
entfagen und auf den wenn auch nichtsternen, so
doch wirklich vorhandenen Boden der Gewerks-
vereine stellen. Die Arbeiterschaft wäre dann stark
genug, auch ein weiteres „Wachsen des Reallohnes“
durchzuführen, um allen Arbeitern eine ausreichende
wirtschaftliche Existenz zu sichern. Das Kapital ist
mächtig, mächtig sind die organisierten Unter-
nehmer, noch mächtiger aber werden die organi-
sierten Arbeiter sein, wenn sie sich nicht länger
trennen lassen durch politisch-sozialistische Fäden,
die nichts sind als Hoffnungen auf ein Glück, das
niemals kommen wird, weil es niemals kommen
kann.

Das Menschentum schreitet empor. An uns
Menschen ist es, dieses Emporschreiten durch täg-
liche Arbeit fördernd zu unterstützen.

□ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. (Schluß.)

Nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus
hatte F. bei seiner Mutter, die ein kleines Anwesen
in S. besaß, Aufnahme gefunden, hütete das Vieh,
half Fleischen bei ihren Einkäufen und suchte auf
diese Weise sich etwas zu verdienen. Während dieser
Zeit und in den späteren Jahren übte er fleißig die
ihm geliebten Reste der oberen Glieder, um sie
zur Arbeit brauchbar zu machen. Im Jahre 1884
wurde er als Gemeinbediener angestellt und hatte als
solcher die Botengänge zu beorgen, den Neubau zu
beaufsichtigen, und auch den Nachwächterposten zu be-
sehen. Im Jahre 1888 betätigte er sich
nebenbei als Arbeiter beim Bau einer
Kreiskassette und trat 1891 als Chauffeur
arbeiter in den Dienst der Kreisver-
waltung gänglich über.

F. führt jetzt fast jede Verrichtung aus, die ihm bei dieser Beschäftigung obliegt, und wird als intelligenter und fleißiger Arbeitskraft geschätzt. Sein Lohn ist entsprechend der zunehmenden Leistungsfähigkeit, von 1 Mark, die er anfänglich erhielt, jetzt auf 1,60 Mk. für den Arbeitstag gestiegen, während ein körperlich intakter Chauffeurarbeiter 1,70 Mk. verdient usw.

Als Chauffeurarbeiter hatte F. nun neue Gräben auszuwerfen und verschlammte zu reinigen, die Chauffeeante durch Abziehen gerade zu halten und von dem überwuchernden Gras zu befreien, Löcher von 1 Kubikmeter Raum auszuheben, Bäume hineinzupflanzen, Schlamm von der Chauffee aufzuladen und ähnliche Tätigkeit auszuüben. Zum Graben klemmt er den Spaten, dessen Stiel er mit der linken Ellenbeuge ergreift, unter den rechten Oberarmstumpf, drückt ihn mit diesem in der Achselhöhle an, faßt ihn mit der linken Ellenbeuge fest, tritt mit dem linken Fuß auf die obere Kante des Spateneisens und gräbt schnell und fördernd. Ebenso verwendet er den Spaten zum Fortschaffen des Schlammes und regiert die Rodehade beim Abhacken der Chauffeeante, indem er die hierzu nötigen Bewegungen durch schnelles Heben und Senken des in der Wirbelsäule sehr gelenkigen Oberkörpers vollstieht. Die eingupflanzten Bäumchen nimmt er ebenfalls in die Ellenbeuge und setzt sie so in das vorbereitete Erdloch.

Hat er einen schriftlichen Bericht über die Fortschritte der Arbeiten auf einer Chauffeestrecke zu erstatten, so faßt er seinen Federhalter mit der Ellenbeuge, führt dessen unteres Ende in den Mund, hält es mit den Zähnen fest, legt den Federhalter über den Unterarmstumpf auf das Papier und schreibt über diesen als Stütze hinweg mit dem Kopfe. Die Schrift ist völlig leserlich.

Auch zu landwirtschaftlichen Arbeiten ist F. fähig. Er ladet Dünger und Getreidegarben auf, wobei er die Gabel in der Weise wie den Spaten ergreift. Er adert und leitet dabei selbst den Pflug, dessen hinterer Handgriff in das linke Aermelloch gesteckt und mit der Ellenbeuge an den Oberarm angepreßt wird. Auf der Schultertragebande hebt, und deren Fahrt er mit dem linken Armstumpf in derselben Weise wie den Pflug lenkt, schafft F. zwei bis drei Zentner von der Stelle.

Seine Werkzeuge, wie Spaten, Gade und Gabel, unterscheiden sich von denen anderer Arbeiter nur durch einen längeren Stiel. Trotzdem muß F. beim Graben, Gaden und Düngerladen sich immer noch erheblich tiefer bücken, als jemand, der beide Arme besitzt.

Auch bei den Verrichtungen des täglichen Lebens bedient sich F. der Ellenbeuge als einer Hand. Er kleidet sich schnell aus und an, wobei er allerdings das Zu- und Anknüpfen nicht selbst besorgen kann. Er rasiert sich selbst. Nachdem er Oberhemd und Hemd abgelegt hat, ergreift er das Rasiermesser mit der Ellenbeuge, öffnet es mit den Zähnen, rasiert zunächst die linke Gesichtshälfte, dreht dann geschickt das Messer in der Ellenbeuge, so daß die Schneide für die rechte Gesichtshälfte geeignet liegt und rasiert diese. Zur Reinigung des Bartwuchses an Kinn und Kehle wird über die Messerlinge eine Schuchhülle gezogen, die eben die Schneide freiläßt und ein Einschnitten beim Rasieren verhindert. F. ißt und trinkt, indem er Köffel und Gefäß mit der Ellenbeuge faßt und so zu Munde führt. Um sich eine Zigarette anzuzünden, klemmt er die Streichholzschachtel in die Ellenbeuge, zieht mit dem Munde die Schachtel auf, holt mit den Lippen und Zähnen dann ein Streichholz heraus, streicht das mit den Zähnen festgehaltene Streichholz an der Reißfläche an und legt es brennend auf die in der Ellenbeuge befindliche Schachtel. Nunmehr hebt er mit dem Munde die vorher bereit gelegte Zigarette auf und raucht sie an. Bei seinem lebhaften Temperament gestikuliert er während er spricht, mit beiden Armstümpfen. Beim Grüßen nimmt er die Rechte mit der Ellenbeuge ab. Ist ihm heiß, so zieht er mit der Ellenbeuge das Taschentuch aus der Tasche und trocknet den Schweiß mit ihm ab. Würde er einmal tätlich angegriffen, so glaubt er mit dem linken Armende namentlich durch starke Schläge von unten nach oben ins Gesicht den Feind kampfunfähig machen zu können. Kinder, welche die von ihm an der Chauffee gepachteten Obstbäume beschädigen, züchtigt er gelegentlich durch maßvolle Schläge mit dem linken Unterarmstumpf.

Aus dem Gesagten geht hervor, mit wie großem Eifer F. Jahre hindurch sich bemüht haben muß, die verkrümmelten Arme zum Erwerb des Lebensunterhalts wieder brauchbar zu machen. Ein medizinisch-physiologisches Institut hierzu aufzusuchen, war er nicht in der Lage. Lediglich seiner Willenskraft hat er es zu verdanken, wenn er wieder arbeitsfähig wurde. Neben dieser gewaltigen Energie war es aber auch seine grundsätzliche Gesinnung, die ihm verbot, Almosen nachzusuchen. Er schämte sich, wie er selbst sagt, zu betteln. Mit gutem Willen kann man alles erreichen, und so lange ich arbeiten kann, werde ich auch keinen Antrag auf Invalidenrente stellen. Eine Augenverletzung durch einen splitternden Stein, die aber glücklicherweise nur geringe Folgen hatte, Alterserscheinungen, die seit einigen Jahren sich schon bemerkbar machen, sowie rheumatische Kreuzschmerzen, die ihn besonders behindern müssen, da er sich bei seiner Beschäftigung tiefer bücken muß, als die anderen Arbeiter und auf die Gelenkfähigkeit seiner Wirbelsäule mehr angewiesen ist, als diese, haben ihn noch nicht dazu gebracht, um eine Invalidenrente einzukommen. Als vor einigen Jah-

ren der amerikanische Zirkus von Barnum und Bailey von der Kreisstadt keine Vorstellungen gab, wurde von dem Leiter des Unternehmens allen Ernstes an F. das Annehmen gerichtet, mit dem Zirkus mitzugehen. Er solle bis an sein Lebensende und seine Familie darüber hinaus versorgt werden. F. dankte aber für die Gabe, eine der „Attraktionen“ zu werden, und blieb Chauffeurarbeiter.

In wie trübem Lichte erscheinen da diesem echten Manne gegenüber die Scharen der Rentepulanten mit den endlosen Klagen, selbst nach den geringsten und längst ausgeheilten Unfallverletzungen, jene fragwürdigen Charaktere, die dem Arzte den Glauben an Ehrlichkeit und Anstand immer mehr erschüttern. Wieviel Unfallheiliter und Weibmänner könnten an dieser Willenskraft und diesem Drange nach Arbeit sich ein Beispiel nehmen! Sei darum einer solchen seltenen Erscheinung in unserer Zeit der Rentengier dieses sächliche literarische Denkmal gesetzt.

Man braucht nur den Artikel zu lesen, um sich diesen Mann in seinem Glend vorzustellen, der hier als Musterbeispiel für alle Unfallverletzten dargestellt wird. Genau mit demselben Recht kann man irgend einen Hungerkünstler aus der alten Zeit als Normalmensch aufmarschieren lassen und allen anderen auch empfehlen, in derselben Weise zu hungern. Gewiß mag es Willenskraft sein, die diesen Krüppel gezwungen hat, in der beschriebenen Weise sein Brot zu verdienen. Aber dann ist es nur die Willenskraft des Hungers, und es kann nicht jedem Menschen zugemutet werden, sein Leben so einzurichten, daß er gegebenenfalls auch im Zirkus Barnum und Bailey als Sehsenswürdigkeit sich antaumen lassen kann. Uns deutet, es sei höchste Zeit, daß diesem Treiben der Berufsgenossenschaften Einhalt geboten wird. Es hat begonnen, seit der frühere Staatssekretär des Innern, von Posadowsky, im Reichstage sein Klagebild gesungen hat über die angeblich demokratisierenden Wirkungen unserer Arbeiterversicherung. Der neue Staatssekretär Herr von Bethmann-Hollweg sollte es sich angelegen sein lassen, die Ueberretungen nach der anderen Seite, die sich seitdem bemerkbar gemacht haben, durch ein kräftiges Wort in ihre Schranken zurückzuweisen. Dieser skandalösen Methode, den meist unschuldigen Opfern der Industrie auch noch Schwindel vorzuwerfen, ist empörend.

Für unsere Kollegen, die mit der Auskunftserteilung in der Arbeiterversicherung zu tun haben, ist es wichtig, sich die vier besprochene Schrift anzuschaffen und genau zu studieren. Erwünscht wäre es, wenn durch Vorträge in Vereinsversammlungen auf diese ganze Frage hingewiesen würde, damit man in weiten Arbeiterkreisen einsehen lernt, daß die Erringung einer Rente heute schmerzlicher als je ist, und daß auf einen Erfolg nur bei ziemlich schweren Verletzungen gerechnet werden kann.

Die Beteiligung der Angestellten an den britischen Produktivgenossenschaften.

Es gibt kaum ein wichtigeres soziales Problem als das der Produktivgenossenschaft. Mag ihr Wesen, wie die Erfahrung zeigte, noch in weiter Ferne liegen, immer wieder werden neue Versuche auf anderen Wegen angestellt. Daher muß wenigstens die Entwicklung dieser Idee in der Praxis genau verfolgt werden. Das beste Beispiel dafür bilden die britischen Produktivgenossenschaften. Denn einmal haben diese eine gewisse Höhe erreicht, die denn doch Beachtung fordern kann, nämlich denen in anderen Staaten, besonders in Deutschland, wo sie meist nur vegetieren. Dann aber vor allem bauen sie sich hier auf dem Massenkonsum auf, indem sie in orantische Verbindung mit den zahlreichen blühenden Konsumvereinen getreten sind und so eine feste Rundtschaft besitzen und so ungefähr die Menge ihres Abzuges im voraus kennen. Das gibt ihnen eine ungleich mehr gesicherte Grundlage, als die Produktivgenossenschaften anderwärts besitzen. Nun bleibt aber auch die Produktivgenossenschaft ein mehr oder weniger kapitalistisches Unternehmen, so lange es nicht gelungen ist, wenigstens die Mehrzahl oder doch einen sehr erheblichen Teil der von ihr beschäftigten Arbeiter wie sonstigen Angestellten, z. B. Kaufleute, Lederverbeiter u. dgl., gleichzeitig zu Anteilseignern der Genossenschaft zu machen. Ganz wird das nie zu erreichen sein, da persönliche Verhältnisse der Angestellten, besonders aber der Wechsel der Beschäftigten, dies verhindert. Immerhin ist es von besonderer Bedeutung, die begünstigten Ergebnisse miteinander zu vergleichen, wozu die britische Statistik vorzügliche Mittel gewährt.

Nach den Ergebnissen für das Jahr 1906 im Vergleiche zum Vorjahre ist das möglich. Es liegen die Ergebnisse von 400 Produktivgenossenschaften vor, während im ganzen 419 in Großbritannien in diesem Jahre gezählt wurden. Die berichtenden Genossenschaften hatten 97,8 pCt. der gesamten Umsätze aller,

so daß ihre Ergebnisse als typisch für die Gesamtheit angesehen werden dürfen.

Wir geben nunmehr die Resultate, die im Klammern bedeuten das Vorjahr 1905. Unter den insgesamt 70110 (65518) Mitgliedern der Produktivgenossenschaften waren Beschäftigte nur 3837 (3727) zugleich deren Mitglieder. Das Gros entfiel mit 88,2 pCt. (88,3 pCt.) auf außerhalb der Genossenschaften stehende Einzelpersonen, während die Genossenschaften — worunter in diesem Falle die Konsumgenossenschaften so gut wie ausschließlich zu verstehen sind — 6,4 pCt. (6,1 pCt.) umfaßten. Genau genommen, müßte man eigentlich auch mindestens einen erheblichen Teil der Anteilhaber aus beiden den Arbeitern zurechnen, da sie doch stark an den Konsumgenossenschaften beteiligt sind, auch vielfach Einzelmitglieder sein dürften. Allerdings läßt sich ihr Anteil daran nicht ziffernmäßig feststellen, und in Großbritannien sind wie bei uns und anderwärts natürlich auch Angehörige anderer Berufe Mitglieder von Konsumvereinen.

Unter den im ganzen 9909 (9981) Angestellten der Produktivgenossenschaften befanden sich 38,6 pCt. (39,7 pCt.) Mitglieder, während der Rest Nichtmitglieder waren. Ihr Anteil ist prozentual mit hin zurückgegangen, was bedauerlich ist.

Von dem gesamten Anteils- und Darlehenskapital der Produktivgenossenschaften, das nicht weniger als 26771080 (26235620) Mark betrug, besaßen die Angestellten nur 6,4 pCt. (6,2 pCt.), immerhin einen größeren Anteil als den ihrer Mitglieder. 32,0 pCt. (33,2 pCt.) entfiel auf andere Einzelmitglieder, 45,8 pCt. (41,8 pCt.) auf Konsumvereine und andere Gesellschaften, 17,8 pCt. (18,8 pCt.) auf Nichtmitglieder, also fremde Kapitalisten. Es ist hieraus ersichtlich, daß die Produktivgenossenschaften anfangen, sich vom fremden Kapital völlig zu emanzipieren. Beträchtlich steigt der Anteil der Konsumgenossenschaften, die binnen kurzem die Hälfte des gesamten Kapitals besitzen werden. Im bescheidenen Maße ist aber auch die Kapitalbeteiligung der Angestellten gewachsen, was um so wichtiger ist, als ihr Anteil an der gesamten Mitgliederzahl geringer, und die Mitgliederzahl unter den Angestellten der Produktivgenossenschaften, wie oben gezeigt, sogar rückläufig ist.

Bei der Verwaltung der Produktivgenossenschaften sind die Angestellten mit 6,6 pCt. (6,8 pCt.), die anderen Einzelmitglieder mit 87,2 pCt. (87,8 pCt.), die Vertreter der Gesellschaften mit 6,2 pCt. (5,4 pCt.) beteiligt. Das Verhältnis hat sich mithin nicht viel verändert.

Außerdem wird über 6 genossenschaftliche Brotbäckereien berichtet, die am Ende des Jahres 1906 bestanden. Hier war jedoch die Beteiligung ihrer eigenen Angestellten recht unbedeutend. Nur 16 Angestellte mit Anteilen von 9740 Mark waren Teilhaber bei einer Gesamtzahl von 4259 Mitgliedern mit 54245540 Mark. Kein Angestellter nahm an ihrer Verwaltung teil.

Innerhalb nur eines Jahres können die Veränderungen in der Beteiligung von Beschäftigten der Produktivgenossenschaften schließlich nur unbedeutende sein. Auch Zufallsergebnisse mögen es sein. Immerhin aber lassen doch, während man im übrigen die Ergebnisse einer längeren Beobachtungsperiode abwarten sollte, auch diese Ziffern die Tendenz wohl unzweifelhaft erkennen, daß mittels der Produktivgenossenschaften eine größere Beteiligung von Arbeitern an der Unternehmung selbst zu konstatieren ist. Und das ist selbstredend im höchsten Grade beachtenswert und erfreulich. Auch bei uns sollte das in größerem Maßstabe auf dieser Grundlage versucht werden.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 21. Juli 1909.
Die Aussperrung auf dem Stettiner Vulkan. Auf dem Stettiner Vulkan wurden am letzten Sonntagabend 7800 Arbeiter ausgesperrt, angeblich, weil die Mieter sich weigerten, Überstunden zu machen. Infolge des im März und Mai d. J. stattgefundenen Mieterstreiks sei die Mietarbeit auf sämtlichen Schiffen derart in Rückstand geraten, daß die anderen Gewerbe zum Feiern gezwungen würden. Seit Anfang Mai haben die Mieter täglich 1 1/2 Stunden Überarbeit geleistet. Die Mieter verlangen eine andere Anordnung der Überstunden, weil ihnen zumal bei der Julitemperatur die übermäßige Anstrengung untraglich erschiene.
Weil die Mieter sich nicht bedingungslos fügen, beschloß die Direktion alle Arbeiter auszusperrern. Diese Maßnahme ist völlig verkehrt. Konnte der Vollbetrieb wirklich nicht aufrecht erhalten werden, dann hätte man ihn durch Einführung von 1/2 Schichten solange einschränken können, bis die Mieter so weit voraus waren, daß der Vollbetrieb wieder aufgenommen werden konnte.
Gestern Abend 7 Uhr fand eine vom Ortsverband Stettin in den großen Saal des „Cassino“ in Grabow einberufene, stark besuchte Versammlung

der Ausgesperrten statt, in welcher unser Verbandsvorsitzende Karl Goldschmidt einen von lebhaften Beifallsbezeugungen begleiteten Vortrag über die Aussperrung hielt und das willkürliche Verhalten der Werkdirektion entschieden verurteilte.

Soweit bis gestern Abend zu übersehen war, sind ca. 600 Gewerbetreibende an der Aussperrung beteiligt. Die Mehrheit der Vulkanarbeiter war bisher unorganisiert. Die plötzliche Aussperrung bringt auch in die Unorganisierten Leben. Es erfolgen daher zahlreiche Eintritte in die Organisationen. Unsere Ortsvereine der Maschinenbauer, der Tischler, der Fabrik- und Handarbeiter und der Maler haben am Sonntag und gestern viele neue Mitglieder aufgenommen; daß sie noch weitere Verstärkungen erfahren, dafür hat in der gestrigen Versammlung ein gewerkschaftlicher Führer namens Happich sein gut Teil beigetragen durch sein grüßlich taktloses Verhalten. In den würdigen Ernst der Versammlung trug H. durch sein erregtes Geschimpfe auf die Gewerbetreibenden große Unruhe. Nach seiner in geblähten Ausdrücken zum Ausdruck gebrachten Meinung hätten die Gewerbetreibenden kein Recht gehabt, eine Versammlung abzuhalten, das sei allein eine Sache der Gewerkschaften. Unser Referent lehnte es entschieden ab, die Gewerkschaften als Vertreter der ausgesperrten Gewerbetreibenden anzuerkennen und erteilte dem H. unter stürmischem Beifall der Versammlung eine wohlverdiente Lektion. Durch einmütiges Erheben von den Sitzen gab die Versammlung ihre Zustimmung zu der Herrn G. bereiteten gründlichen Abführung. Eine geradezu helle Empörung ging durch die ganze Versammlung über das arbeiterfeindliche Verhalten des H., das selbst von seinen eigenen Genossen verurteilt wurde.

Der den Arbeitern aufgedrungene Kampf erheischt festes Zusammenhalten der Ausgesperrten. Diese sind zu Verhandlungen bereit, möge auch die Direktion rechtzeitig entlassen und zu einer beide Teile befriedigenden Verständigung die Hand bieten, ehe noch der Kampf sich weiter verschärfte.

Das deutsche Volk wird sich in diesem Kampfe ganz gewiß auf die Seite der unschuldig auf die Strafe gesetzten Vulkanarbeiter stellen.

„Woher der Weg? Ein praktischer Wegweiser für alle Arbeiter und Arbeiterinnen der zum Gewerbeverein der graphischen Berufe, Maler und Lackierer (S. D.) gehörenden Berufsgruppe“. Diese kleine Agitationschrift wird allen Verbandsmitgliedern gratis zugestellt vom Bureau des Gewerbevereins der Graphischen Berufe, Maler und Lackierer, Berlin NO. 55, Orfischwalderstr. 221/23.

Verbandskollegen und Kolleginnen, die unorganisierte Gehilfen aus diesen Berufen kennen, werden dringend erucht, das Schriftchen an diese zu verteilen und sie zur Gründung eines Ortsvereins aufzufordern. Wer sich in dieser Richtung um die Sache der Gewerkschaften verdient machen will, schreibe eine Postkarte an uns, damit wir die Zusendung der Agitationschrift veranlassen können.

Selbstmord als Anfallsfolge. Dieser Punkt war Gegenstand einer am 17. d. Mts. stattgefundenen Verhandlung am Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Nürnberg. Der Tatbestand war folgender: Am 14. Februar d. J. wurde auf der Eisenbahnstrecke Dugentheid-Nürnberg der versch. Bittner D. von einem Zuge überfahren. Dieses tragische Ende wurde als Selbstmord angenommen, und zwar sollte dieser die ursächliche Folge eines erlittenen Betriebsunfalles sein, der sich in der kurzlichen Brauerei, J. G. Reif, Nürnberg, am 31. Januar 1908 folgendermaßen ereignete: Mehrere Bittner waren damit beschäftigt, ein etwa 40 hl fassendes Faß von der Faßhalle auf den Faßboden zu ziehen. Das Faß war bereits auf dem Boden, als sich plötzlich eine Aufzugskette löste und abknüllte und der daran befindliche eiserne Haken dem D. an die Schläfe traf. Derselbe sank bewußtlos hin und zeigte später ein auffälliges Wesen. Besonders kurze Zeit vor seinem Tode hatte er merklich erregt und zeigte sich sinnesverwirrt. Sein früheres ehedares Leben ließ erst recht die Vermutung aufkommen, daß er sein Leben in geistiger Umnachtung freiwillig aufgegeben, durch den Unfall veranlaßt. Er hinterließ eine Frau und zwei Kinder. Der Antrag auf Gewährung einer Hinterbliebenenrente und auf Auszahlung des Sterbegeldes wurde von der Berufsgenossenschaft abgelehnt. Hiergegen wurde als Vertretung vom Arbeitersekretariat der Deutschen Gewerkschaften in Nürnberg Berufung angelegt mit dem Erfolg, daß das Schiedsgericht die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer jährlichen Hinterbliebenenrente von etwa 970 Mk. und des gesetzlichen Sterbegeldes von 122 Mk. verurteilte.

Arbeiterbewegung. Zu einer Aussperrung von großer Ausdehnung ist es Ende vergangener Woche in Stettin gekommen. Auf der Schiffswerft „Vulkan“ wurden 7800 Arbeiter ausgesperrt, weil sich die Arbeiter weigerten, täglich 1 1/2 Stunden Ueberarbeit zu leisten. — In Wittenberg (Bez. Halle) wurde eine Generalaussperrung für das ganze Baugewerbe beschlossen. Verursacht wurde diese Maßregel der Unternehmer dadurch, weil die Dachdecker sich weigerten, für einen Stundenlohn von 44 Pfg. zu arbeiten. — In mehreren Orten des Bayerischen Waldes sind die Rohglasarbeiter in den Ausstand getreten. — Auf den Flensburger Glasfabriken legten sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder, weil der Unternehmer sich weigerte, sieben gemahlte Glasbläser wieder einzustellen. — Eine Aussperrung der Stuckateurgehilfen in mehreren Orten Westfalens ist zur Ausführung gekommen. Die Unternehmer beschlossen, da die organisierten Stuckateurgehilfen die von ihnen über eine Anzahl Dortmunder Geschäfte verhängte Sperre bisher nicht aufgehoben, auch keine Schritte zur Anbahnung von Verhandlungen unternommen haben, so werden die organisierten Stuckateurgehilfen bis zum Sonnabend, den 25. Juli, in Dortmund, Essen, Bochum, Witten, Langendreer, Selsenkirchen, Wanne, Lunna-Ramen, Reddinghausen und Herne gesündigt und entlassen. — Nach langen Verhandlungen ist im rheinisch-westfälischen Baugewerbe die Tarifbewegung zum Abschluß gekommen. Die Löhne wurden wie folgt festgelegt: Die Stadt Essen bleibt auf dem bisherigen Lohn von 55 und 45 Pfg. stehen; ab 1. April 1909 erfolgt 1 Pfg. Zulage die Stunde. Die Gemeinde Borch bleibt auf ihrem bisherigen Lohnsatz von 53 Pfg. bzw. 43 Pfg. mit einer sechstägigen Kündigungsfrist bestehen. In Altenessen, Bredney und Kellinghausen muß für Maurer ein Stundenlohn von 55 Pfg., für Hilfsarbeiter 45 Pfg. bei eintägiger Kündigungsfrist, in Stoppenberg, Rothhausen, Krach, Leyhe, Caterberg, Sonnbeck und Trillingdorf derselbe Lohn bei sechstägiger Kündigungsfrist gezahlt werden. In Werden, Kupferdreh, Heisingen und Ueberuhr 53 Pfg. bzw. 43 Pfg. bei eintägiger Kündigungsfrist.

Die wirtschaftliche Lage der technischen Privatangestellten in Groß-Berlin hat zum ersten Male eine zusammenfassende Darstellung in einem Buche von Dr. Jaekel gefunden, das dieser Tage bei Gustav Fischer in Jena erschienen ist. Es sind darin die Ergebnisse der statistischen Erhebung niedergelegt, die im Mai v. J. auf Veranlassung des Bundes der technisch-industriellen Beamten vom Bureau für Sozialpolitik veranstaltet worden sind. Die Erhebung erstreckte sich auf 3285 technische Angestellte, vornehmlich des Maschinenbaues und der Elektrotechnik in Groß-Berlin. Für die Beurteilung der materiellen Lage eines Standes sind bekanntlich die Einkommensverhältnisse in erster Linie maßgebend. Und da zeigte es sich, daß die technischen Gemeinde-Beamten von Groß-Berlin, über die das Buch auf Grund einer privaten Erhebung des Verfassers auch eingehende Mitteilungen bringt, im Vergleiche zu den technischen Privatbeamten die mittleren und oberen Einkommensstufen besetzen, während sich bei den technischen Privatbeamten in den unteren Einkommensstufen die höchsten Anteile finden. Von den technischen Privatangestellten hatten ein Einkommen unter 1200 Mk. 4,58 pCt., von 1200—1800 Mk. 32,61 pCt., von 1800—2400 Mk. 30,38 pCt., von 2400—3000 Mk. 14,48 pCt., von 3000—3600 Mk. 8,09 pCt., von 3600 Mk. und mehr 9,96 pCt. Das durchschnittliche Einkommen der technischen Privatangestellten dieser Erhebung betrug 2228,29 Mk. Diese Ziffer hat jedoch nur einen sehr bedingten Wert. Einmal haben 7,14 pCt. der an der Erhebung beteiligten Angestellten überhaupt keine Angaben über ihre Einkommensverhältnisse gemacht; aller Wahrscheinlichkeit nach gehören diese Fälle zu den unteren Einkommensrubriken. Auf der anderen Seite haben eine ansehnliche Zahl relativ hohe Einkommen den Durchschnitt wesentlich in die Höhe schnellen lassen. Selbst wenn man aber diese Durchschnittszahl für richtig ansieht, beweist sie doch, daß die Einkommensverhältnisse der technischen Privatangestellten im Hinblick auf die Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise durchaus nicht befriedigend genannt werden können. Die Einkommenszahl 2000 hat für die technischen Privatangestellten wegen der Kranken- und Invalidenversicherung und aus anderen Gründen eine gewisse Bedeutung. Es ist nun interessant, festzustellen, daß von den 3032 technischen Angestellten, die über ihr Einkommen Angaben gemacht hatten, 42,40 pCt. weniger als 2000 Mk. und 47,60 pCt. 2000 Mk. und mehr im Jahre 1906 verdient haben. Auch diese Ziffern beweisen jedenfalls, daß die wirtschaftliche Lage der technischen Privatangestellten Groß-Berlins mehr als zu wünschen übrig läßt. Es ist daher begründet, daß auch diese Angestellten seit 1905 begonnen haben, sich zur Verbesserung ihrer Lage im Bunde der technisch-industriellen Beamten auf gewerkschaftlicher Grundlage zu organisieren.

Die so notwendige Reform des preussischen Wahlrechts wird auf die lange Bank geschoben. Von maßgebender Seite will nämlich die „Inf.“ erfahren haben:

„Abgesehen davon, daß eine so wichtige Vorlage nicht gegen Ende einer Session eingebracht werden würde, sondern zu Anfang, d. h. also im Herbst, kann schon jetzt bestimmt erklärt werden, daß Vorschläge seitens der Regierung über Abänderung des preussischen Wahlrechts den Landtag in seiner nächsten Tagung nicht beschäftigen werden. Um in die vom Fürsten Bismarck seinerzeit in Aussicht gestellte Prüfung des Wahlrechts hinsichtlich vorzunehmender Abänderungen eintreten zu können, muß der Regierung vor allem das einschlägige statistische Material für die Wahlen vorliegen, das sich gegenwärtig im Abgeordnetenhaus befindet. Wenn dies zur Verfügung steht, wird es noch geraume Zeit dauern, ehe die Erwägungen über eine so wichtige Angelegenheit zu einem gewissen Abschluß gebelien können. Es muß demnach auch sehr zweifelhaft erscheinen, ob die Regierung in der Lage sein kann, mit bestimmten entsprechenden Vorschlägen in der übernächsten Landtagsession hervorzutreten.“

Die Mühlen einer Staatsregierung mahlen langsam. Die Erfahrungen bei der letzten Wahl haben die Regierung augenscheinlich noch nicht gründlich genug überzeugt, daß das bestehende preussische Wahlsystem in die Kumpelkammer geworfen werden muß.

Den Fortschritt der Haftpflichtversicherung beweist treffend folgender Fall, den wir mit Bezug auf das im Annoncenteil enthaltene Inserat mitteilen: Ein Kaufmann B. in B. fiel, als er auf einem asphaltierten Bürgersteige spazieren ging, durch eine Defekung im Trottoir auf eine Sandauflage, am Flußufer und erlitt außer verschiedenen Quetschungen einen Beinbruch. Dieser Bruch schien anfangs nicht bedenklich, auch war es zweifelhaft, inwieweit ein kurz zuvor dem B. zugefügter Unfall an dem eingetretenen Zustand beteiligt war. Im Verlauf der Zeit entwickelte sich aber bei B. die gefährliche traumatische Neurose, so daß er, der Teilhaber eines Fabrikations-Geschäftes, arbeitsunfähig wurde. Verursacht war der Unfall dadurch, daß Arbeiter der Baufirma E. eine Trottoirplatte abgehoben hatten, um zur Fundamentierung für die Pfeiler einer Eisenbahn Sand zum Fluße hinunterzuwerfen. Diese Arbeit war beendet, und es sollte eben die Defekung wieder geschlossen werden, als B., von den Fundamentierungsarbeiten gesehrt, in das unüberwachte Loch trat. In zwei Instanzen wurde darauf die Baufirma für haftpflichtig erklärt, und der Rechtsstreit nach langen Verhandlungen mit dem genannten Gesamtaufwand durch Vergleich beigelegt.

Dieser Fall zeigt deutlich, wie verkehrt es ist, wenn in der Haftpflichtversicherung niedrige Versicherungssummen angeboten und genommen werden. Bekommt ein Versicherter bei einem Schaden von 100000 Mk. nur 20000 oder 40000 Mk. erst, so kann dies unter Umständen gerade so gut seinen Ruin herbeiführen, wie wenn er gar nicht versichert gewesen wäre.

Der gesetzliche Achtstundentag für Bergarbeiter ist im englischen Unterhause mit der gewaltigen Mehrheit von 390 gegen 120 Stimmen beschlossen worden. Beinahe eine Million Arbeiter wird von dieser Segnung der Verkürzung der Arbeitszeit betroffen. Die Bemerkungen der Bergwerksbesitzer, das Gesetz dadurch zu Falle zu bringen, daß sie in- und außerhalb des Parlaments auf die folgende Preissteigerung für Kohlen hinwiesen, sind vergeblich gewesen. Dazu hat viel beigetragen, daß einige Vertreter bergbaulicher Interessen mit erfreulichem sozialen Verständnis energisch für den Achtstundentag eintraten. Auch der Handelsminister Churchill legte sich mit größter Entschiedenheit für das Gesetz ins Zeug, indem er ausführte, daß die Einführung des Achtstundentages im Interesse der Gesundheit, Erholung, Kultur und Erziehung der Arbeiter notwendig sei, deren Arbeitskraft dadurch wesentlich gesteigert werden würde. Es sei verkehrt, eine größere Billigkeit der Produkte auf Kosten der Menschlichkeit erzielen zu wollen. Nicht die Forderung der Bergleute nach einem solchen Gesetz erwecke bei ihm Verwunderung, sondern die Mühe, die Ruhe, das Behagen und die Selbstzufriedenheit, mit der die Leute im Seidenhut und weißer Weste die Notwendigkeit dieser Reform bestritten.

Dieser Ton und die Energie, mit der dieser englische Minister die Forderungen der Bergarbeiter vertreten hat, steht vorbildhaft ab von der Art, wie häufig bei uns die Minister sich der Arbeiterfrage annehmen.

Ein Konzert 700 Meter unter der Erde. Im „Weltpiegel“ berichtet Hofkapellmeister Prof. Traugott Dohs über ein eigenartiges Konzert, das in dem Kallwitzer „Gildhaus“ bei Condershausen stattfand. Dieses Bergwerk besitzt in einer Tiefe von 700 m einen wundervoll akustischen Saal. Kuppelartig ist er in

Salz gehauen, und die Natur hat durch symmetrisch geordnete Adern des Gesteins für eine Deformation gesorgt, die in ihrer Einfachheit großartig wirkt. Als Nische ist ein Raum für ein Orchester von 30 Musikern angebahnt. Diese Grotte ist rot erleuchtet, während in dem 200 Personen fassenden Saal ein Leuchter mit Vogelkugeln hängt. Das Konzert, das kürzlich hier unter Mitwirkung hervorragender Solisten stattfand und von Herrn Bergat Dr. Vogelsang veranstaltet wurde, führte die Eingeladenen in 3 Minuten von den Fördermaschinen 700 m in das Innere.

Wir sahen einen ähnlichen durch buntfarbig elektrisch beleuchtete Salzpinnakeln ausgeschmückten Festsaal 200 m tief unter der Erde im Heilbronner Salzbergwerk.

Solche eigenartigen Festsäle können indes nur im Salzbergbau errichtet werden, weil die Salze ein festes Gefüge bilden. Im Kohlenbergbau lassen sich so große Räume nicht herstellen, weil das hängende Gebirge nachstürzen würde.

Verbands-Zeit.

Veranstaltungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. In den Monaten Juli und August fallen die Sitzungen aus. — **Gewerksvereins-Liedertafel (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 8-11 Uhr, Besprechung in der Verbandskassa der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonabend, 25. Juli. Maschinenbau und Metallarbeiter (M.-M.).** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen bei Meißner, Bergstr. 119. Vortrag des Verbandskollegen Dabrud über den Metallverband. Regulatorporto. — **Maschinenbau und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr, Fruchstr. 36 a. L.-D.: 1. Mitteilungen. 2. Vortrag des Kollegen Joseph: Die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen. 3. Werkstattangelegenheiten. — **Maschinenbau und Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr bei Babau, Waldstraße 53. L.-D.: Bericht von der 10. Vorstandssitzung. Vorschläge zu Gewerbegerichtsbestimmungen. Beitragszahlung. Kohlenbestellung. — **Maschinenbau und Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr, Rottbuserstraße 6. Vortrag u. a. — **Maschinenbau und Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr bei Lehmann, Brunnenstr. 119. Kohlenbestellungen. — **Maschinenbau u. Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr bei Trantow, Schönhauser Allee 65. —

Maschinenbau- und Metallarbeiter IX und XII. Mittwoch, 29. Juli, abends 8-10 1/2 Uhr, Vortragabend bei Lehmann, Brunnenstr. 119. Referent: Generalsekretär Hartmann. — **Friedrichshagen. Maschinenbau und Metallarbeiter.** Datum? Veranstaltung im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 3. L.-D. daselbst.

Critik- und Medizinerverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bisk. Schulte-Mattler, Distriktsklub. — **Hagen (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Distriktsabend bei Krudter, Ecke Hansemannplatz und Züchterstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr vdr., in Hüttmanns Hotel, Poststraße, Distriktsklub. — **Spanau (Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine, G.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Selmslohde (Sängerchor der Deutschen Gewerksvereine).** Jeden Sonntag, abends 9 Uhr, Probe, im Vereinstokal Pieper (früher Ellerich), Schaller- und Florastroßen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — **Trebbin (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandtbräu, Weber-gasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg a. H. (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. — **Hagen u. Umg. (Distriktsklub).** Jeden jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraße-Ecke. — **Hagen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreterversammlung in Hagen Restaurant „Zur Post“, Züchterstraße 72. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Valer Kolling“, Eiferstraße. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Robel, Berlinerstr. 120. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Münster (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Distriktsklub bei P. Eisenburger, Banquetmerstraße. — **Münster a. Nahr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Köler, Sandstraße 38.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Cottbus (Ortsverband). Adolf Berger, Vorsitzender, Grünstr. 41. — **Kaiserslautern (Ortsverband).** Jean Storzum, Schriftführer, Brödelstr. 5. Peter Klein, Kassierer, Duellenstr. 9.

Literatur.

Gewerblicher Kindererziehung. Von Amalie Bauer. Soziale Tagesfragen, herausgegeben vom Volksverein für das katholische Deutschland, 18. Heft. M.-Glabbach 1908. Volksvereins-Verlag. 72 Seiten gr. 8°. Preis 80 Pfg. Inhalt: 1. Vorbemerkung. I. Kap. Geschichtliche Entwicklung. II. Kap. Scheinbare Vorteile der Kinderarbeit. III. Kap. Nachteile der Kinderarbeit. 1. Gesundheitliche Gefahren. 2. Intellektuelle Gefahren. 3. Sittliche Gefahren. IV. Kap. Geschichte der gesetzlichen Regelung. 1. Vorbereitende Versuche. 2. Erster Teil der Kindererziehung: Beseitigung der Kinderfabrikarbeit. 3. Zweiter Teil der Kindererziehung: Beschränkung der gewerblichen Kinderarbeit. V. Kap. Beurteilung des Gesetzes. 1. Mängel des Gesetzes. 2. Schwierigkeiten bei Ausführung des Gesetzes und Vorschläge zu deren Beseitigung. Schluss-Anhang I-V.

Die gewerbliche Kinderarbeit, die Beschäftigung von Kindern nicht als Erziehungsmittel, sondern als Erwerbstätigkeit, mit welcher die Ausbeutung der Kraft des Kindes fast notwendig verbunden ist, gehört zumal in ihren Auswüchsen zu den beklagenswertesten Begleiterscheinungen der neuzeitlichen industriellen Entwicklung. Das vorliegende Heft der vom Volksverein herausgegebenen Sozialen Tagesfragen orientiert in vorzüglicher Weise über die Entstehung der industriellen Kinderarbeit infolge des Fabrikensystems, sowie über ihren Umfang und ihre allgemeine Verbreitung an der Hand eines reichhaltigen statistischen Materials. Sie würdigt eingehend alle die Nachteile, welche die schon in frühesten Jahren einsetzende, oft brutale Heranzüchtung zur erwerbstätigen Beschäftigung naturgemäß für die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung des Kindes nach sich ziehen muß. Die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen der Kindererziehung werden im Zusammenhang überschichtlich dargestellt, ihre Lücken und Mängel aufgezeigt und sachgemäß erörtert. Insbesondere wird das Fehlen eines gesetzlichen Schutzes für die in der Landwirtschaft und im Kleinhandwerk beschäftigten Kinder mit Recht scharf getadelt. Die ruhige und objektive Beurteilung der Kindererziehung beschränkt die Verfasserin mit einer Reihe maßvoller, daher um so beachtenswerter Vorschläge zur weiteren Ausgestaltung des Kindererziehungsgesetzes von 1908, sowie tabellarische Uebersichten der gesetzlichen Bestimmungen abgedruckt. Das verdienstliche zeitgemäße Buch kann als praktischer Führer und Wegweiser in allen Fragen des gewerblichen Kindererziehungswesens weiteren Kreisen bestens empfohlen werden. Wir sehen dabei darüber hinaus, daß die Verfasserin als „Hauptvertreter des Kindererziehungswesens“ zum Zentrum abgeordnet zu nennen sei. Bei etwas mehr Objektivität hätten auch noch aus anderen Parteien gleichwertige Namen genannt werden können.

Anzeigen-Zeit.

Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein in Stuttgart
Auf Gegenseitigkeit. Gegründet 1875.
Unter Garantie der Stuttgarter Mit- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft.
Kapitalanlage über 50 Millionen Mark.
Haftpflicht-Versicherung für Handwerker u. Gewerbetreibende.
Empfehlungsverträge mit dem Verband Deutscher Gewerksvereine, sowie mit zahlreichen andern Verbänden, Vereinen, Innungen und Handwerkskammern.
Gesamtversicherungsstand über 740 000 Versicherungen. Monatlicher Zugang ca. 6000 Mitglieder.
Prospekte, Versicherungsbedingungen, Antragsformulare, sowie jede weitere Auskunft bereitwilligst und kostenfrei.
Unfall-Versicherung. **Lebens-Versicherung.**

Verband der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.).
Hierdurch machen wir schon jetzt alle Verbandskollegen und Kolleginnen von Berlin und der näheren Umgebung darauf aufmerksam, daß am
Sonntag, 20. September
nachm. 5 Uhr
in allen Sälen unseres Verbandshauses,
Berlin NO. 55, Greifswalder Straße 221/23
eine
große Feier
des
40 jährig. Bestehens der Deutschen Gewerksvereine
stattfindet. Wir bitten die Ortsvereinsvorstände, schon jetzt in den Versammlungen auf diese Feier aufmerksam zu machen und für zahlreichsten Besuch zu wirken. Das Fest muß sich zu einer großen Kundgebung für unsere Organisation gestalten.
Hervorragende Künstler haben ihre Mitwirkung zugesagt. Zur Deckung der Kosten wird ein Eintrittsgeld von 80 Pfg. erhoben.
Der geschäftsführende Ausfüh.
F. A. Karl Goldschmidt.

Weißensfeld (Ortsverband). Durchreisende arbeitslose Kollegen erhalten Unterstützungskarten bei Ernst Fischer, Leipzigerstraße 28, Schuhmacher u. Lederarbeiter bei Herrmann Koch, Georgenberg 1.
Saarn (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kassierer, Kollegen Paul Roffig, Uhlendstr. 9. Durchreisende Mitglieder erhalten 1 Mark Reisegeld, zugereiste, arbeitsuchende Mitglieder erhalten eine Karte für Abendessen, Nachtlohn und Frühstück.
Ladenscheid. Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsgeschenk befindet sich beim Sekretär Herrn Bartel, Klinerstr. 33.
Gera, K. J. E. (Ortsverband). Durchreisende Gewerkskollegen erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung bei Hermann Schneider, Wiltbergstraße 5.
Göppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsangehörigen erhalten Nachquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei J. Stähler, Bahnhofstr. 18.
Hohenmölsen u. Umgegend. (Ortsverband). Durchreisende Gewerkskollegen erhalten eine Reiseunterstützung von 50 Pfg. bei dem Ortsverbandskassierer Friedrich K o h l, Nordstraße Nr. 10. Karten bei dem Verbandskollegen Klempnermeister Schreiter, Büchnerstraße.

Im Verlage des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine erschien:
Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.
Ein Leitfaßchen für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908
von
Karl Goldschmidt,
Vorsitzendem des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.).
Motto: Ein Volk, ein Recht!
Diese 80 Seiten 80 umfassen Schrift sollte jeder Gewerksvereiner lesen und für den praktischen Gebrauch zur Hand halten. Mindestens sollte jedes Auskunftsmitglied sich für die Verfassungsgültigkeit daraus informieren. Um dies zu ermöglichen, haben wir den Preis für unsere Mitglieder auf 30 Pfg. für das Exemplar festgesetzt. 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,80 Mk., 20 Stück 4 Mk.
Wir bitten um recht zahlreiche Aufträge. Das Geld ist mit der Bestellung an unseren Verbandskassierer Karl Goldschmidt, Berlin NO., Greifswalderstraße 221/223 einzufenden. Die Bestellung kann auf dem Postabzahn erfolgen. Postanweisungen bis 5 Mk. kosten nur 10 Pfg.
Fosen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei dem Ortsvereinskassierer und bei Friedrich Ehrlich, Dresdenerstr. 20.
Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Buschelt in Steitzners Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.